

Unser Sozialstaat bleibt in der Krise

These: Nutzen und Kosten des Sozialstaats dürfen nicht länger getrennt bleiben

Die Spatzen pfeifen es schon seit Jahren von den Dächern: Unser Sozialstaat taumelt von einer Krise in die andere, unsere Sozialversicherungssysteme sind finanziell marode, die Ausgaben laufen den Einnahmen davon. Wo liegen die Ursachen, was ist zu tun?

Uns allen ist der Sozialstaat, wie er sich im Laufe der Zeit entwickelt hat, lieb und teuer geworden. Lieb denen, die direkt und indirekt davon profitieren. Solche direkten Nutznießer sind u.a.: Kinder und Alte, Kranke und Invalide, Arbeitslose, arme Familien und bedürftige Studenten, notleidende Unternehmen.

Indirekt ist es der Großteil derjenigen, die zur „Sozialindustrie“ gehören: u.a. die Organisationen der Sozialversicherungen, die Kirchen und Wohlfahrtsverbände, die Hersteller medizinischer Geräte, Teile der Pharmaindustrie, Ärzte, Krankenhäuser und Kureinrichtungen, aber auch die Sozialpolitiker aller Parteien auf allen politischen Ebenen.

Zu teuer kommt der Sozialstaat mittlerweile denen, die seine Kosten in Gestalt von Beiträgen, Steuern und überhöhten Preisen bezahlen müssen.

Und hier zeigt sich das grundsätzliche Dilemma des Sozialstaates. Während ich beim Kauf eines privaten Gutes wie z.B. eines Autos meinen eigenen Nutzen und meine eigenen Kosten gegeneinander abwägen muß und ich mich dann für das Auto entscheide, was ich mir auch leisten kann, ist es bei den Sozialleistungen ganz anders.

Hier werden Nutzen -und Kostenentscheidungen strikt voneinander getrennt und nicht von mir, sondern „politisch“ – von anderen für mich – getroffen. Nicht Selbstbestimmung, sondern Fremdbestimmung ist Trumpf. Das ist schon schlimm genug.

Darüber hinaus führt das aber zu einer ganz perversen Anreizstruktur: Alle versuchen, auf der einen Seite möglichst viel aus den Sozialkassen herauszuholen, auf der anderen Seite aber möglichst wenig einzuzahlen. Daß dies zu „Kostenexplosionen“ führen muß und auf Dauer nicht gehen kann, liegt auf der Hand.

Hier an die Moral, an die Solidarität der Beteiligten zu appellieren, ist im günstigsten Falle naiv, im schlechtesten Falle unredlich: Auf Dauer wird keiner der Dumme sein wollen, der nur zahlt, während sich die anderen aus den diversen Töpfen der Sozialkassen bedienen.

Auch die verzweifelten Versuche der Politiker, zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen und durch Umbuchungstricks den Betroffenen Sand in die Augen zu streuen, werden auf Dauer nicht von Erfolg gekrönt sein können.

So werden die Versuche, die Bezieher geringfügiger Einkommen (630,- DM-Jobs!) und einen Teil der Selbständigen (Scheinselbständige!) in die Sozialkassen zu zwingen, mit Recht einer vernichtenden Kritik unterworfen. Und die Ersetzung von Sozialbeiträgen durch Steuern – ob durch Öko-oder Mehrwertsteuer – kann man nur als eine neue Variante der Politik ansehen, den Teufel mit Beelzebub austreiben zu wollen.

Wir haben die Wahl: Wir können sicherlich die Probleme des Sozialstaates auch in Zukunft kurzfristig dadurch „lösen“, daß wir die Zwangsbeiträge und Steuern weiter erhöhen und/oder zwangsweise die Ausgaben deckeln.

Oder wir setzen auch hier auf mehr Markt und Wettbewerb, stärken damit die Selbstverantwortung, stellen für die Beteiligten auch bei den Sozialleistungen den Zusammenhang zwischen Nutzen und Kosten, zwischen Leistung und Gegenleistung her und erhöhen somit die Effizienz der Sozialsysteme.

Augenblicklich ist die Lobby für die erste Option - das Nachrichtenmagazin Der Spiegel spricht hier von „Sozialmafia“ – immer noch sehr stark. Daraus folgt aber eine sichere Prognose: Der Sozialstaat bleibt in der Krise.